

*Richard Schröder <sup>1)</sup>*

# Rechtsextremismus in Ostdeutschland

Regelmäßig wird die deutsche Öffentlichkeit aufgeschreckt durch Nachrichten über rechtsextreme Gewalttaten zumeist Jugendlicher und Wahlerfolge rechtsextremer Parteien in den östlichen Bundesländern. Die Debatten, die solche Vorkommnisse auslösen, stehen verständlicherweise im Schatten der nationalsozialistischen Vergangenheit. Droht vom Osten her eine Wiederkehr dieses Ungeistes? Ist erneut in Deutschland die Demokratie gefährdet? Diese Befürchtung hat die deutsche Vereinigung von Anfang an begleitet. Als es in der Grenzstadt Frankfurt/Oder 1991 zu Übergriffen gegen Polen kam, lautete die Frage: »Droht das ›Vierte Reich‹?« Die Debatten entwickeln sich regelmäßig zu West-Ost-Debatten mit Tendenzen zum Generalverdacht gegen die Ostdeutschen. Was ist mit dem Osten los? Wer den Generalverdacht abwehrt, wie zumeist die Bürgermeister der betroffenen Gemeinden, wird mit dem Vorwurf der Verharmlosung bedacht. Doch die andere Seite der Verharmlosung ist die Dramatisierung, und diese Gefahr besteht auch hier. Wie steht es wirklich mit dem Rechtsradikalismus in Ostdeutschland? Und welche Tendenzen lassen sich beobachten: zum Schlimmeren oder zum Besseren? Zur Beantwortung dieser Fragen haben wir durchaus verlässliches Material, vor allem die jährlichen Berichte des Verfassungsschutzes von Bund und Ländern sowie Meinungsumfragen. Aus diesem Jahr liegt die Studie »Jugend in Brandenburg« vor, die Befragungsergebnisse von 1999 und 2005 vergleicht, und der »Sachsen-Anhalt-Monitor 2007«, beide im Internet zugänglich.

Wer genauer hinsieht, muss unterscheiden, und zwar nicht nur zwischen Ost und West, sondern auch innerhalb dessen, was so gern pauschal »rechtsextrem« genannt wird. Weil manche auch das schon als Verharmlosung diskreditieren, erinnere ich daran, dass eine wirkliche Therapie eine korrekte Diagnose voraussetzt. Es gibt neben der Pest auch noch die Cholera. Beide sind gefährlich, aber die Therapie ist jeweils eine andere. Es stimmt, dass Übergriffe auf Ausländer in Ostdeutschland etwa dreimal häufiger vorkommen als im Westen. Und die Zahl gewalttätiger rechtsextremer Jugendlicher, Skinheads und Neonazis ist ebenfalls dreimal so hoch, bezogen auf die Bevölkerungszahl. Es hat sich eine rechtsextreme Jugend-Subkultur etabliert, die in ausgedünnten ländlichen Räumen sogar tonangebend ist und vor allem durch gewaltverherrlichende Musik Einfluss ausübt. Rechtsextreme Parteien haben einige spektakuläre Wahlergebnisse im Osten erzielt. Die DVU hat 1998 bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt 12,9 Prozent erreicht, ist aber seit 2002 nicht mehr im Landtag vertreten. Die NPD hat 2004 in Sachsen 9,2 Prozent und 2006 in Mecklenburg-Vorpommern 7,3 Prozent erreicht. Eine genauere Analyse muss unterscheiden zwischen Gewaltbereitschaft, den verschiedenen Formen des Rechtsextremismus und zwischen Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus.

Gewaltbereitschaft ist nicht notwendig mit bestimmten politischen oder weltanschaulichen Überzeugungen verbunden. Hier gibt es aber einen markanten Ost-West-Unterschied.

---

<sup>1)</sup> Hochschullehrer am Lehrstuhl für Philosophie an der Humboldt-Universität zu Berlin

Schon 1997 hatte der Züricher Soziologe Gerhard Schmidchen festgestellt: »Junge Menschen im Osten sind gewaltbereiter als im Westen. Die instrumentelle Gewaltbereitschaft, also sich persönlich zu schützen oder einen Angriff auf die eigene Gruppe abzuwehren, ist größer. 34 Prozent der Jugendlichen im Osten gegenüber 19 Prozent im Westen drücken eine solche instrumentelle Gewaltbereitschaft aus.« Die Bereitschaft, Legalitätsgrenzen zu überschreiten, ist ebenfalls im Osten markant höher (29 Prozent West, 48 Prozent Ost), sowie die Vergeltungsbereitschaft und die Bereitschaft für unspezifischen Vandalismus (»Wenn ich mich ärgere, darf ich etwas kaputt machen.«) Von dieser »subjektiven Gewaltdoktrin« sagt Schmidchen: »Keine andere Variable hat bisher so viel an politischer Gewalt erklären können.«

Ähnliche Ergebnisse liefert Klaus Schroeders Jugendstudie von 2004 für antizivile Einstellungen. Viele Schüler finden Gewalt gar nicht so schlimm. Das sagten im Westen 29,9 Prozent, im Osten aber 37,9 Prozent. Bei Haupt- und Gesamtschülern sind es 53,8 Prozent, bei Gymnasiasten 17,3 Prozent. Warum das so ist, kann auch ich nur mutmaßen. Möglicherweise ist diese Gewaltbereitschaft so hoch wie in ganz Deutschland zu Großvaters Zeiten, denn in Westdeutschland hat in den letzten dreißig Jahren die Sensibilisierung gegen Gewalt beachtliche Fortschritte gemacht. Die Brandenburger Jugendstudie zeigt für die Gewaltakzeptanz Jugendlicher eine ambivalente Entwicklung zwischen 1999 und 2005. Die Zahl der Jugendlichen mit niedriger Gewaltakzeptanz ist von 37,6 auf 41,4 Prozent gestiegen, aber die derjenigen mit hoher Gewaltakzeptanz ebenfalls, nämlich von 3,2 auf 4,2 Prozent. Hier findet also eine Polarisierung statt.

Beim Rechtsextremismus müssen wir unterscheiden zwischen den rechtsextremen Parteien, die in die Landtage, also zu politischer Macht drängen, und den rechtsextremen Skinheads und Neonazis. Der politische Rechtsextremismus der organisierten Parteien ist typisch West. Typisch Ost ist dagegen der Rechtsextremismus der jugendlichen Subkultur. »Der genuine Ost-Rechtsextremismus kann als ideologisch gering fundiert, schwach organisiert, spontan und besonders aggressiv charakterisiert werden,« so Richard Stöss im Jahre 2000. Der westliche Parteien-Rechtsextremismus und der östliche Subkultur-Rechtsextremismus vertragen sich trotz ideologischer Gemeinsamkeiten sehr schlecht. Während jene für Zucht und Ordnung eintreten und für (klein-)bürgerlichen Anstand, lieben diese den Alkohol- und Gewalt-Exzess, sie stilisieren sich geradezu selbst als Bürgerschreck. Deshalb bekamen bei den Bundestagswahlen 1990 und 1994 die rechtsextremen Parteien im Westen mehr Stimmen als im Osten. Der DVU-Wahlerfolg in Sachsen-Anhalt, der nur mit Plakaten und ganz ohne Gesichter und Wahlveranstaltungen ablief, wiederholte sich nicht. Im Jahre 2000 waren über 90 Prozent der Mitglieder rechtsextremer Parteien Westdeutsche. Allerdings hat sich seit 2000 die Lage insofern geändert, als die NPD im Osten an Mitgliedern und durch eine Doppelstrategie zugleich im rechtsextremen Milieu Sympathisanten gewonnen hat. Für 2005 hat der Verfassungsschutz die Zahl der Rechtsextremen in ganz Deutschland mit 39.000 angegeben, also 0,5 Promille der Bevölkerung. Davon waren 10.475 Ostdeutsche, also 25 Prozent. Die Ostdeutschen machen 18 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Von 6.500 Mitgliedern der Republikaner sind etwa 200 Ostdeutsche, von 9.000 DVU-Mitgliedern sind 800 Ostdeutsche (8,8 Prozent), aber von den 6.000 NPD-Mitgliedern sind nunmehr 2.080 Ostdeutsche (33 Prozent.) Von den schwach organisierten militanten Rechtsextremen (Skinheads und Neonazis) sind dagegen etwa die Hälfte Ostdeutsche. Etwa so hoch ist der ostdeutsche Anteil an den rechtsextremen Gewalttaten. Wie erklärt sich das?

Darüber gehen die Meinungen diametral auseinander. Die einen erklären die stärkere rechtsextreme Jugendszene, die Ausländerfeindlichkeit und die höhere Anzahl von Gewalt-

taten im Osten als DDR-Erbe. Das empört diejenigen, die den antifaschistischen Ruf der DDR hochhalten wollen. Sie machen für all das ausschließlich die gesellschaftliche Situation seit 1990 verantwortlich. Das ist ein Beispiel für jene abstrusen Beschuldigungsdiskurse, bei denen es den Beteiligten um ihre Ehre geht. Die unverstellte Wahrnehmung der Sachverhalte gerät dabei meistens unter die Räder. Für den ostdeutschen Rechtsextremismus gibt es eine dokumentierte Vorgeschichte. Ebenso unstrittig ist seine heutige Gestalt auch von den Prozessen seit 1990 mitbestimmt, zum Beispiel durch die Tatsache, dass die beweglichen Jugendlichen das flache Land verlassen und die dumpfen Typen zurückbleiben, aber auch durch die Ressentiments, die nicht wenige ostdeutsche Erwachsene pflegen.

In der DDR gab es bereits eine gewalttätige Skinhead-Szene, seit etwa 1982. 1988 hatte die Stasi 1067 Personen erfasst. Am 17. Oktober 1987 überfielen dreißig Skinheads ein Punk-Konzert in der Berliner Zionskirche, riefen »Sieg Heil« und »Judenschweine« und schlugen viele Besucher zusammen. Zuvor hatten sie bei Alkohol einen Kameraden verabschiedet, der sich als Längerdienender bei der Volksarmee verpflichtet hatte. Aus den Stasiakten wissen wir, dass selbst Offiziere der Volksarmee Hitlers Geburtstag feierten, dabei Naziparolen grölten, sich Judenwitze erzählten und von der Wehrmacht schwärmten. In der Schule meiner Tochter war der Gegensatz von »rechten« und »linken« Schülern etabliert, wobei »links« nichts mit der SED zu tun hatte, sondern mit Punk und Emanzipation von bürgerlichen Beschränktheiten und Aussteiger-Mentalität. Die »Rechten« wurden von der FDJ als Saalordner bei der Disko eingesetzt. Die SED ging gegen Skinheads mit Haftstrafen vor. Nach Mauerfall und Vereinigungsamnestie kamen sie frei, fühlten sich befreit und breiteten sich aus. Sie profitierten von den neuen Freiheiten und von der permissiven Toleranz: »Wir haben doch jetzt Meinungsfreiheit.« Verbindungen dieser Skinheads zu Altnazis bestanden nicht, wohl aber Beziehungen zur westdeutschen und schwedischen Skinhead-Szene. »Die rechtsextremistischen Parolen bedeuteten anfangs weniger eine Identifikation mit dem Nationalsozialismus, sondern vor allem einen gezielten Tabubruch mit der antifaschistischen Staatsdoktrin der DDR, eine Identifikation mit dem Feind des Feindes« (Walter Süß). Diese fatale Umkehrlogik dürfte bei der Akzeptanz rechtsextremer Positionen im Osten weiter eine gewisse Rolle spielen. Die Kommunisten waren gegen die Nazis, jetzt sind sie gestürzt, Opa hatte also doch recht. Dazu kommen die enormen Verunsicherungen der Transformationsprozesse, die überall in den ehemals sozialistischen Ländern rechtsextreme und nationalistische Positionen befördern. Wer sich als Verlierer der Einheit fühlt und als Bürger zweiter Klasse, sucht Sündenböcke und ist anfällig für die Logik des Ressentiments: Aus Unwertgefühlen heraus an Schwächeren sein Mütchen kühlen.

Es ist der NPD gelungen, eine Brücke zur ostdeutschen Skinhead- und Neonazi-Szene zu schlagen. Zwar können sie diese nicht integrieren. Bei ihren Demonstrationen können sie keine angetrunkenen Skinheads gebrauchen, da sollen Zucht und Ordnung gezeigt werden. Aber die NPD treibt ein Doppelspiel. Sie sympathisiert mit militanten Neonazis und Skinheads und tritt auf deren Veranstaltungen auf. Damit punktet sie in diesem Milieu und lässt zugleich gezielt erkennen, dass sie Brutalos auf ihrer Seite hat. Einschüchterungen und Gewalttätigkeiten gehören seitdem zu ihrem Wahlkampf. Die NPD hat sich vor allem im Elbsandsteingebirge und in Vorpommern eine Basis in den Kommunen geschaffen, auch durch Jugendveranstaltungen und Dorffeste (»Die tun was«). Sie hat inzwischen als einzige rechtsextreme Partei einen überproportionalen Mitgliederbestand im Osten.<sup>2)</sup> Sie spricht diejeni-

<sup>2)</sup> 1999: 1.960 von 6.000 (Stöss S. 103); 2005: 1.955 von 6.000 (aus den Berichten der Landesämter für Verfassungsschutz addiert).

gen an, die sich als Verlierer der Einheit (genauer der Transformation) empfinden und knüpft sehr geschickt an DDR-Nostalgie an, indem sie betont: Wir sind auch für den Sozialismus, aber für einen nationalen.<sup>3)</sup> Die NPD hat ihren Schwerpunkt nach Sachsen verlegt. Dort hat sie etwa 1.000 Mitglieder. Vier der neun NPD-Landtagsabgeordneten sind aus dem Westen nach Sachsen übersiedelt, auch die meisten Fraktionsmitarbeiter sind westdeutsche NPD-Funktionäre. Das ändert freilich nichts an der Tatsache, dass der Import gelungen ist. Ob der Erfolg Bestand hat, ist allerdings nicht sicher. Erstens machen die rechtsextremen Abgeordneten überall eine schlechte Figur. Zweitens könnten diejenigen, die vom »nationalen Sozialismus« angezogen werden, von der Liaison mit Skinheads und Neonazis gerade abgestoßen werden. Übrigens haben im Westen rechtsextreme Parteien insgesamt zwölf Mal den Sprung in Landesparlamente geschafft. Für das Jahr 1998 gibt es eine Umfrage zur Wahlbereitschaft für rechtsextremistische Parteien: »Könnten Sie sich unter Umständen vorstellen, bei Landtagswahlen/Bundestagswahlen auch einmal die Republikaner, die DVU oder die NPD zu wählen?« Das bejahten in Sachsen-Anhalt und Baden-Württemberg elf Prozent, in Bayern und Thüringen zehn Prozent, im Saarland und Mecklenburg-Vorpommern neun Prozent, in Sachsen und Nordrhein-Westfalen sieben Prozent.

Ein zweites Erbe der DDR ist die Ausländerfeindlichkeit. In der DDR gab es keine Erfahrungen mit dem Ausländer nebenan oder am Arbeitsplatz. Gastarbeiter aus Vietnam oder Mosambique wurden in Arbeiterwohnheimen untergebracht und arbeiteten in eigenen Brigaden. Beziehungen zur einheimischen Bevölkerung waren unerwünscht. Bei Schwangerschaften wurden Gastarbeiterinnen umgehend nach Hause geschickt. Wir haben es im Osten mit einer Ausländerfeindlichkeit ohne Ausländer zu tun. Dafür gibt es zwei Deutungen: Ausländerfeindlichkeit, obwohl es keine Ausländer gibt, das würde einen ostdeutschen Hang zum Rechtsextremismus belegen. Es muss aber eher heißen: Ausländerfeindlichkeit, weil es keine Erfahrungen mit Ausländern gibt. Wir sollten zwischen Xenophobie, Überfremdungsängsten, Ausländerfeindlichkeit und Rassismus unterscheiden.

Xenophobie, Angst vor Fremden, ist zunächst etwas ganz Normales und bei jedem Kind zu beobachten, das fremdelt. Nach und nach erst lernen Kinder, dass sie nicht vor jedem Fremden Angst haben müssen. Irgendwann kommt dann die Mahnung, keinem Fremden zu vertrauen, der sie mitnehmen möchte. Aber auch für Erwachsene gilt: Ein Fremder ist interessant, aber hundert wirken bedrohlich, wenn man sie nicht versteht und sich nicht verständigen kann. Wer mir nicht vertraut ist, dem kann ich auch nicht vertrauen. Das ist der rationale Kern von Überfremdungsängsten. Angst vor Überfremdung ist als solche auch noch kein Rechtsextremismus. Wer sein Kind aus einer Klasse nimmt, in der 40 Prozent nicht richtig deutsch sprechen, ist kein Rechtsextremist, sondern handelt im Interesse seines Kindes. Im Osten geht es allerdings nicht um erlebte, sondern um befürchtete Überfremdung. Irrational ist dabei die Befürchtung, dass dergleichen bevorstehe. Zwei Drittel der Deutschen überschätzten im Jahr 2000 den Anteil der Ausländer an Deutschlands Bevölkerung erheblich.

Übrigens: Ausländer sind für andere Ausländer auch wieder Ausländer. Zwischen Ausländern in Deutschland gibt es selbstverständlich ebenfalls Ausländerfeindlichkeit. Türken,

<sup>3)</sup> In einem allerdings innerhalb der NPD umstrittenen Flugblatt heißt es: »Wir Mitglieder der NPD Sachsen stehen zur ganzen deutschen Geschichte und auch zur Geschichte der DDR. Die Mehrheit unserer Mitglieder ist im 8. Jahr des Beitritts der DDR zur BRD der Meinung, dass die DDR das bessere Deutschland war. Wir wollen deshalb die positiven Erfahrungen aus der DDR in die deutsche Politik einbringen. . . . Schluss mit der Diskriminierung der Sachsen durch die Westdeutsche Landesregierung in Dresden! . . . Für eine neue Nationale Front des demokratischen Deutschlands in Sachsen.« – »Nationale Front des demokratischen Deutschland« war in der DDR die offizielle Bezeichnung für die SED und ihre Blockparteien. Zit. nach Stöss S. 114.

Kurden, Araber sind doch nicht deshalb ein Herz und eine Seele, weil sie in Deutschland allesamt Ausländer sind. Es gibt auch Jugendliche mit Migrationshintergrund, die zu den Mitschülern deutscher Muttersprache sagen: »Die Deutschen sind Versager.« Gemeint ist: Ihr seid Weicheier, Schlappschwänze. Und wer behauptet, bei Ausländern sei die Kriminalitätsrate höher, ist deshalb noch kein Rechtsextremist. Für die Jugendkriminalität weist das nämlich die Berliner Kriminalitätsstatistik tatsächlich aus. Türkischstämmige und russlanddeutsche Jugendliche sind dort überproportional vertreten, weil sie besonders große Integrationsprobleme haben. Jugendliche aus Polen dagegen sind in der Statistik überhaupt nicht auffällig. Je größer der kulturelle Abstand, umso schwieriger ist die Integration und je schlechter die Integration, umso größer die Kriminalitätsneigung.

Um von rechtsextremistischer Ausländerfeindlichkeit sprechen zu können, muss zu Xenophobie und Überfremdungsängsten noch etwas hinzukommen, nämlich die Sündenbocktheorie: Sie nehmen uns etwas weg, sie schaden uns. Dieser Gedanke wird vom Ressentiment gespeist. Von Rassismus sollte man erst dort sprechen, wo ein Unwerturteil über bestimmte Menschengruppen dazu kommt.

Man kann die aufgezählten Phänomene von Xenophobie bis Rassismus nicht trennscharf unterscheiden. Die Übergänge sind fließend und jede Stufe macht anfällig für die nächste. Östliche rechtsradikale Skinheads und Neonazis vertreten den Rassismus. Die weit verbreitete östliche Ausländerfeindlichkeit ist dagegen nicht rassistisch, sondern von Überfremdungsängsten und Sozialneid geprägt: Bei uns spart der Staat und die leben auf Staatskosten; die nehmen uns die Arbeit weg. Dabei hätte doch jeder Ostdeutsche auch eine Dönerbude oder einen Asia-Imbiss aufmachen können. Dass wir dennoch zwischen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus einschließlich Antisemitismus unterscheiden müssen, belegt auch die Brandenburger Jugendstudie. Ausländerfeindliche Einstellungen wurden nämlich 2005 von 38 Prozent der Jugendlichen uneingeschränkt abgelehnt (1999: 33,2) und von 8,3 Prozent uneingeschränkt befürwortet (1999: 10,5). Nimmt man diejenigen dazu, die bedingt ablehnen und befürworten, kommt man auf 71,4 zu 27,6 Prozent. Deutlich günstiger sind die Zahlen hinsichtlich antisemitischer Einstellungen. Diese werden von 50,1 Prozent uneingeschränkt abgelehnt (1999: 31,7) und bei 1,2 Prozent uneingeschränkt befürwortet (1999: 4,3). Nimmt man diejenigen hinzu, die bedingt ablehnen und befürworten, kommt man auf 87,2 zu 12,8 Prozent. Vorbehalte gegen Ausländer sind also doppelt so stark verbreitet wie Vorbehalte gegenüber Juden. In der ostdeutschen Gesamtbevölkerung sind übrigens antisemitische Einstellungen geringer verbreitet als im Westen, wie der Sachsen-Anhalt-Monitor belegt.

Diese Umfrageergebnisse rechtfertigen keine Entwarnung. Die Gewaltbereitschaft Jugendlicher, die hohe Anzahl von rechtsextremen Skinheads und Neonazis und die hohe Ausländerfeindlichkeit fordern weitere Anstrengungen gegen diese Übel. Durch einen Pauschalverdacht gegen die Ostdeutschen auf Rechtsradikalismus werden solche Anstrengungen aber eher gestört. Die öffentliche Wahrnehmung ist in Deutschland diesbezüglich nicht differenziert genug und neigt zum Generalverdacht. Dafür zwei Beispiele.

## DER FALL SEBNITZ

Ein irakisch-deutsches Apothekerehepaar aus dem Westen hatte in Sebnitz eine Apotheke eröffnet, aber die Sebnitzer gingen weiter zu den zwei alteingessenen Apotheken. Die Frau vermutete einen Komplott. Als ihr siebenjähriger Sohn 1997 beim Baden starb, wollte

sie die Diagnose »plötzlicher Herztod« nicht glauben. Über Jahre ermittelte sie, sammelte Aussagen von Kindern, denen sie ein bisschen Geld gab, und kam zu dem Schluss, 50 Neonazis hätten unter Anstiftung der Apothekerstochter ihren Sohn vor dreihundert Zeugen im Stadtbad betäubt, geschlagen und ertränkt. Einige Zeitungen, darunter der »Spiegel«, hatten nach Prüfung der Unterlagen von einer Veröffentlichung abgesehen. Sie erschienen ihnen nicht glaubwürdig. Im November 2000 aber brachte »BILD« die Meldung. »Viele hörten seine Hilferufe, keiner half.« Es kam zu drei Verhaftungen. Die meisten deutschen Medien meldeten darauf die Geschichte als Tatsache. Wenige Tage später stellte sich heraus, dass nichts davon stimmte. Einige Zeitungen entschuldigten sich bei ihren Lesern. Andere warnen vor Entwarnung. »Es hätte passieren können« titelte die »taz«. Ich habe das seinerzeit Inländerfeindlichkeit genannt. Denen im Osten ist einfach alles Schlechte zuzutrauen. Dass Neonazis ein Kind umbringen, ist noch nie vorgekommen. Dass es nie vorkommen kann, wage ich nicht zu behaupten, aber es passt nicht in ihr typisches Feindbild. Dass aber dreihundert Zeugen in einem Stadtbad einen öffentlichen Kindermord trotz der Hilferufe des Kindes geschehen lassen und dann noch drei Jahre lang geheim halten, das kann nie vorkommen, nirgends in der Welt. Wer bei Sinnen ist, weiß das.

## DAS WEINFEST IN GUNTERSBLUM

In der Nacht zum 19. August wurden in Guntersblum (Rheinland-Pfalz) bei einem Weinfest zwei Afrikaner tötlich angegriffen und der eine schwer, der andere leicht verletzt. Aus der sechsköpfigen Gruppe der Angreifer wurde geschrien: »Wir machen die Neger platt!« Der Vorfall wurde erst mit einer Woche Verspätung öffentlich gemacht, »aus ermittlungstechnischen Gründen«. Der Sicherheitsbeirat des Landkreises erklärte, es handle sich um einen Einzelfall, und die Öffentlichkeit war damit zufrieden. In derselben Nacht wurden in Mügeln (Sachsen) beim Stadtfest acht Inder angegriffen. Sie flüchteten in eine zwanzig Meter entfernte Pizzeria. »Ausländer raus« wurde geschrien. Einige der Angreifer versuchten, die Tür zur Pizzeria aufzubrechen, und viele schauten zu. Gibt man heute bei Google »Guntersblum« ein, findet man unter den ersten 20 Eintragungen drei, die sich mit dem Vorfall beschäftigen. Bei »Mügeln« findet man nur drei, die sich mit dem Vorfall nicht beschäftigen. Guntersblum ist nach wie vor unbekannt, Mügeln hat eine gewaltige Medienkampagne ausgelöst. Die Erklärung des Bürgermeisters, in seinem Ort gebe es zwar Ausländerfeindlichkeit, nicht aber organisierten Rechtsextremismus, er könne aber nicht jedem ins Herz sehen, wurde als Verharmlosung gebrandmarkt, obwohl sie später durch das Ermittlungsergebnis bestätigt wurde. Als er gar der »Jungen Freiheit«, einer sehr rechtslastigen Zeitschrift, ein Interview gab und dabei erklärte, er sei stolz, ein Deutscher zu sein, hieß es: Er redet sich um Kopf und Kragen. Da half auch seine Erklärung nichts, dass er die »Junge Freiheit« nicht gekannt habe. Ob der Bürgermeister von Guntersblum weiß, dass man der »Jungen Freiheit« kein Interview gibt, ist unbekannt. Er wurde vom Ansturm der Medien verschont. Das ist eine Asymmetrie der Wahrnehmung, die kontraproduktiv wirkt. Denn der unter Pauschalverdacht gestellten Bevölkerung bot sich just die Landtagsfraktion der NPD als Helfer an, und es sollte mich nicht wundern, wenn sie dadurch einige Wähler in Mügeln gewonnen hat.

Auch im Osten lösen NPD-Aufmärsche erheblich größere Gegendemonstrationen aus. Rechtsextreme jeder Art sind auch im Osten eine verschwindende, aber sehr auffällige Minderheit. Dass Jugendliche Ausländer oder Obdachlose totschielen, löst im Osten dieselbe

Betroffenheit aus wie im Westen. Die undifferenzierte Fixierung auf den ostdeutschen Rechtsextremismus erschwert angemessene Reaktionen, was die öffentlichen Diskurse betrifft. Fachleute und diejenigen, die vor Ort gegen Rechtsextremismus und Gewalt arbeiten, wissen sehr wohl, warum es geht. Aber in der Öffentlichkeit wird Rechtsextremismus mit Nazi-Ideologie gleichgesetzt. Der Kern des Übels ist demnach die falsche Ideologie, verkehrtes Denken. Also muss man die Nazizeit in der Schule gründlicher behandeln – als wenn Rechtsextremismus auf Wissenslücken beruhen würde. Er ist emotional verankert und durch Gruppenidentität stabilisiert.

Gegen politische Programme muss man politisch argumentieren und zum Beispiel zeigen, dass die politischen Forderungen der NPD unsere Probleme gar nicht lösen können. Man muss das für die Wähler tun und für diejenigen, die in der Gefahr stehen, sich der NPD anzuschließen. Die überzeugten NPD-Funktionäre aber sind unzugänglich für Argumente.

Die ressentimentgeladene Brutalität ostdeutscher Gewalttäter, meist spontan und unter Alkohol, wird nicht durch Nazi-Gedankengut erzeugt, sondern findet in ihm ihren Ausdruck.

Trotzdem ist der Rechtsextremismus in Deutschland keine Gefahr für die Demokratie. Die rechtsextremen Parteien verfügen weder über attraktive Führer noch über Intellektuelle. Durch Protestwähler, nicht durch Überzeugungswähler sind sie in Landesparlamente gekommen. Dort fallen sie gar nicht oder eben unangenehm auf. Wer dieses geringe Potential als Gefährdung der Demokratie ansieht, muss in den meisten europäischen Ländern, zumal den östlichen, die Demokratie gefährdet sehen. Dort gibt es nämlich oft stärkere rechtsextreme Parteien.

Die rechtsextremen Gewalttäter sind gefährlich für die Opfer. Da sind Polizei und Gerichte gefordert. Sie schaden außerdem unserem Ruf ungemein. Und sie schaden denjenigen Jugendlichen, die sich dieser Jugend-Unkulturbewegung anschließen. Politisch aktiv werden wollen sie nicht und können sie nicht.

## **Bürgerrechtspreis der Sinti und Roma**

Zum zehnjährigen Jubiläum ihres Dokumentationszentrums haben Sinti und Roma in Deutschland eine neue Auszeichnung ins Leben gerufen. Der »Europäische Bürgerrechtspreis der Sinti und Roma« ist mit 15.000 Euro dotiert und soll ab 2008 alle zwei Jahre an Einzelpersonen, Gruppen oder Institutionen vergeben werden, die sich in vorbildlicher Weise für die Durchsetzung der Bürgerrechte als ein Teil der Menschenrechte für Sinti und Roma einsetzen. Zur Vergabe-Jury gehören neben den Vertretern des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma der Stifter Manfred Lautenschläger, Maud de Boer-Buqicchio, stellvertretende Generalsekretärin des Europarats, und der frühere baden-württembergische Ministerpräsident Erwin Teufel.